

# Steuerpolitik und Spital Wolhusen sorgen für Zündstoff

Zum Auftakt des Wahlkampfs diskutierten die Parteien gestern im Casino über die wichtigsten Luzerner Themen.

Dominik Weingartner

Die Listen für die Kantonsratswahlen stehen, die Kandidierenden für den Regierungsrat sind bekannt: Der Luzerner Wahlkampf ist diese Woche so richtig eröffnet worden. Höchste Zeit, um bei den Parteien abzuklopfen, welche Antworten sie auf die drängendsten Fragen der Luzerner Politik zu bieten haben.

Das Info-Forum freies Unternehmertum lud dazu gestern Abend zur Podiumsdiskussion ins Casino Luzern. Von den im Kantonsrat Vertretenen Parteien diskutierten Josef Wyss (Mitte), Jacqueline Theiler (FDP), Angela Lüthold-Sidler (SVP), David Roth (SP), Hannes Koch (Grüne) und Riccarda Schaller (GLP). Moderiert wurde das Podium von LZ-Chefredaktor Jérôme Martinu und seinem Stellvertreter Christian Peter Meier, Leiter der regionalen Ressorts.

## «Harakiri-Übung der Regierung»

Nachdem die Parteienvertreterinnen und -vertreter ihre Ziele für die Kantonsratswahlen vom 2. April darlegten – alle wollen Sitze gewinnen – ging es um inhaltliche Fragen. Fast schon traditionell wird im Kanton Luzern über die Steuerpolitik gestritten. Und in der kommenden Legislatur will die Regierung das Steuergesetz revidieren. Hintergrund ist die Einführung der OECD-Mindeststeuer. Um diese zu kompensieren, will Luzern die Steu-



Von links: Moderator Jérôme Martinu, Hannes Koch (Grüne), Jacqueline Theiler (FDP), Riccarda Schaller (GLP), Josef Wyss (Die Mitte), David Roth (SP), Angela Lüthold (SVP).  
Bild: Dominik Wunderli (Luzern, 26. Januar 2023)

ern erneut senken. Das sorgt bei den Parteien für Zwietracht. Vor allem SP-Präsident David Roth teilte kräftig gegen das Vorhaben aus. Der Kanton müsse verschiedene Aufgaben finanzieren, etwa Kita-Plätze oder Prämienvorbilligungen. «Das ist eine Harakiri-Übung der Luzerner Regierung.» Sekundiert wurde er von Hannes Koch, Co-Präsident der Grünen. «Die bisherige Steuerstrategie ist schon nicht aufgegangen.»

Die bürgerlichen Parteien sehen das anders. FDP-Präsidentin Jacqueline Theiler warnte vor Firmen, die abwandern könnten. «Wenn wir jetzt nicht reagieren, verlieren wir unsere Wettbewerbsfähigkeit.» Von der bisherigen Steuerstrategie profitiere man heute, auch die geplante Revision sei eine «Investition in die Zukunft». Mitte-Kantonsrat Josef Wyss sagte: «Der Kanton Luzern steht finanziell gut da, wir können uns

das leisten», auch wenn es noch Korrekturen brauche. SVP-Präsidentin Angela Lüthold pflichtete bei, die Revision habe die richtige Stossrichtung. Aber man dürfe sich nicht nur auf sie verlassen. «Wir müssen die Einnahmen und Ausgaben wieder ins Lot bringen.» GLP-Co-Präsidentin Riccarda Schaller sprach von «vielen guten Elementen» im Vorschlag der Regierung. Sie verwies aber auf die ausgebliebene Ausschüt-

tung der Nationalbank: «Ich will wissen, wie wir diese Lücke stopfen, bevor wir breit die Steuern senken.»

## SVP: «Wurden an der Nase herumgeführt»

Dann ging es um den Wind. Beziehungsweise um Anlagen, die diesen in Energie umwandeln sollen. Bekanntlich will der Kanton Luzern die Windenergie massiv ausbauen und die Bewilligungshürden senken. Funda-

mentale Opposition gegen diese Pläne gab es unter den Parteien nicht. Aber während Mitte, SVP, FDP und GLP den Kanton vor allem in der Rolle sehen, um gute Rahmenbedingungen für Investitionen zu schaffen, reichte das David Roth nicht. Angesichts der langsamen Entwicklung in den vergangenen Jahren brauche es mehr. «Es reicht nicht, nur die Zügel loszulassen, sondern es braucht auch die Peitsche.» Dem widersprach Jacqueline Theiler: «Wir sind noch lange nicht am Punkt, an dem es Zwang braucht.» Vielmehr solle man nun die beschlossenen Anreizsysteme ihre Wirkung entfalten lassen.

Auch die Gesundheitsversorgung wurde diskutiert, namentlich das Leistungsangebot am Spital Wolhusen. Hannes Koch und Jacqueline Theiler forderten ein Preisschild für die verschiedenen Varianten, die zur Diskussion stehen. David Roth warnte davor, die Frage aus rein betriebswirtschaftlicher Sicht zu führen. Angela Lüthold, deren Partei eine Initiative zum Thema lanciert hat, kritisierte die Regierung: «Wir wurden zwei Jahre lang an der Nase herumgeführt.» Josef Wyss forderte: «Wir müssen grundsätzlich über die Bücher gehen.» Den Leistungsauftrag will er nicht ins Gesetz schreiben. Riccarda Schaller pflichtete ihm bei: «Es ist falsch, wenn der Kantonsrat im Gesundheitsbereich enge Leitplanken setzt.»